



Matthäus Strebl
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ein bewegtes Jahr 2015

Rückblick und Vorschau von Matthäus Strebl, MdB

Dingolfing. Ein Jahr mit zahlreiche Überraschungen - und keinesfalls nur positiven – geht dem Ende zu. Am nachhaltigsten in Erinnerung bleiben wird der Flüchtlingsstrom, der im September einsetzte und dann ungeahnte Ausmaße annahm. In den zurückliegenden Wochen hat Deutschland – wie immer wieder betont wird – sein freundliches Gesicht gezeigt. Zu danken ist in diesem Zusammenhang den unzähligen ehrenamtlichen Helfern, die sich um die Flüchtlinge kümmern, sie in Empfang nehmen und auch weiterhin betreuen. Die Bayern haben sich hier besonders hervorgetan und dafür gebührt ihnen besonderes Lob. Aber das wird nicht reichen, um die neuen Herausforderungen zu bestehen. Es geht einerseits darum, den Zuwanderungsstrom einzudämmen. Vor allem aber ist die Integration der Flüchtlinge unabdingbar, die bereits bei uns sind.

Vor der Flüchtlingsproblematik verblassen viele andere Themen, die uns 2015 beschäftigt haben. An erster Stelle ist hier die finanzielle Unterstützung für den bankrotten griechischen Staat zu nennen. Obwohl die Athener Regierung unter Ministerpräsident Tsipras die EU und andere Geldgeber immer wieder an der Nase herumführten, wurde dem Land noch in der Sommerpause eine weitere Finanzspritze von 86 Milliarden Euro bewilligt. In zwei Sondersitzungen stimmten die Bundestagsabgeordneten dieser Rettungsaktion zu, die meisten schweren Herzens.

Weil sich die weltpolitischen Grundlagen verändert haben und Russland im Kampf gegen den IS-Terror

Berlin, 22.12.2015

Matthäus Strebl, MdB

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74908

Email : matthaeus.strebl@bundestag.de

www.m-strebl-mdb.de



gebraucht wird, spricht kaum noch jemand über die völkerrechtswidrige Annexion der Krim-Halbinsel durch Putin. Die Türkei, deren Präsident Stück für Stück Grundrechte außer Kraft setzt und unbequeme Journalisten willkürlich verhaften lässt, wird umworben und bekommt EU-Milliarden. Schließlich hat er es in der Hand, Millionen syrischer Flüchtlinge im Land zu behalten oder auf den Weg nach Mitteleuropa zu schicken.

Die Welt gerät aus den Fugen, und nachdem Deutschland lange Zeit von den positiven Seiten der Globalisierung profitiert hat, bekommt es nun die negativen zu spüren.

Dass es den meisten Menschen in unserem Land trotz aller Herausforderungen gut geht, ist einer verlässlichen und zukunftsorientierten Politik der Großen Koalition unter Federführung der CDU/CSU in Berlin zu verdanken. Der Trend auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin positiv: Die Zahl der arbeitslosen Menschen ist von Oktober auf November um 16.000 auf 2.633.000 gesunken. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre ist die Arbeitslosigkeit im November um 4.000 oder 0,2 Prozent gesunken. Saisonbereinigt hat die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat um 13.000 leicht abgenommen. Gegenüber dem Vorjahr waren 84.000 Menschen weniger arbeitslos gemeldet.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit mitzählt, hat sich wiederum verringert. Insgesamt belief sich die Unterbeschäftigung im November 2015 auf 3.482.000 Personen. Das waren 154.000 weniger als vor einem Jahr.



Die Halbzeitbilanz der Großen Koalition kann sich durchaus sehen lassen. Das lässt sich vor allem am Bundeshaushalt für das kommende Jahr ablesen. Knapp 317 Milliarden Euro sind an Ausgaben beschlossen. Dabei ist es trotz aller neuen Aufgaben erneut gelungen, auf eine Neuverschuldung des Bundes zu verzichten.

Der Haushalt bildet zudem den geplanten Abbau der kalten Progression sowie die Anhebung von Kinderfreibetrag, Kindergeld, Kinderzuschlag und Alleinerziehendenentlastungsbetrag ab. Damit werden insbesondere Arbeitnehmer und Familien im Umfang von über 5 Mrd. Euro pro Jahr entlastet.

Wiederum nimmt bei den Aus- und Aufgaben der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales den ersten Platz ein. 127,286 Milliarden Euro - und damit weit mehr als ein Drittel des Gesamthaushalts – macht dieser Haushalt aus. Auf der einen Seite ist es erfreulich, dass für soziale Zwecke so viel Geld zur Verfügung steht. Auf der anderen Seite gibt es natürlich zu denken, dass diese Ausgaben in einer solchen Größenordnung überhaupt erforderlich sind. Leisten können wir sie uns nur, solange es der Wirtschaft gut geht und die Steuereinnahmen sprudeln.

Als Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales sowie als Vorsitzender des Bezirks Niederbayern der Christlich Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) war es auch im zu Ende gehenden Jahr mein besonderes Anliegen, die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern. Zwar handelt es sich hier um eine Daueraufgabe, umso erfreulicher ist es, wenn in Teilbereichen Erfolge erzielt werden können. Dazu gehört beispielsweise die Einführung des bundesweit geltenden Mindestlohns von 8,50 Euro / Stunde zu Jahresbeginn. Die lautstark vorgetragenen Befürchtungen, ganze Branchen würden durch den Mindestlohn ruiniert, haben sich - erwartungsgemäß - nicht erfüllt. Noch gibt es zu viele Ausnahmereglungen und auch die vom



Bürokratismus geprägte Dokumentationspflicht ist verbesserungswürdig. Immerhin aber fällt es den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens etwas leichter, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten.

Einen großen Schritt weiter sind wir in der Frage gekommen, die betriebliche Altersvorsorge (bAV) auszubauen. Neben der gesetzlichen Rente bzw. der privaten Vorsorge stellt die bAV die zweite Säule der Altersvorsorge dar. Doch während sie sich in großen Unternehmen zu einem großen Teil durchgesetzt hat, gibt es in kleinen und mittleren Unternehmen noch Nachholbedarf. Als zuständiger Berichterstatter innerhalb der Unionsfraktion liegt mir daran, hier zu greifbaren Fortschritten zu kommen und die BAV als wichtiges Element der Altersvorsorge zu etablieren.

Ein anderes Stichwort, das uns im nächsten Jahr beschäftigen wird, ist die sogenannte „Flexi-Rente“. Mit einem Bündel von Maßnahmen soll erreicht werden, den Eintritt in die Erwerbsminderungsrente durch den Einsatz von medizinischer und beruflicher Reha noch stärker als bisher zu vermeiden und einen möglichst langen Verbleib im Erwerbsleben sicherzustellen. Um einen stärkeren Anreiz zu setzen, parallel zum Rentenbezug wieder einer Tätigkeit nachzugehen, sollen die gezahlten Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung zukünftig eine Erhöhung der Rente des Beschäftigten bewirken, wenn der Arbeitnehmer auch seinen Beitrag erbringt. Noch gibt es in der Großen Koalition erheblichen Diskussionsbedarf, aber ich bin zuversichtlich, dass die „Flexi-Rente“ noch in dieser Legislaturperiode beschlossen wird.

Vor allem auch auf Drängen der CSU wird die Situation von Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und von Pflegekräften deutlich verbessert. Kern des „Zweiten Pflegestärkungsgesetzes“ ist die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und eines



neuen Systems der Begutachtung der Pflegebedürftigkeit. Für die derzeit 2,8 Millionen Pflegebedürftigen gibt es wesentliche Verbesserungen. Leistungsbeträge, die ein Mensch mit Pflegebedarf zur häuslichen Versorgung zur Verfügung hat, werden erneut erhöht. Auch greift die Unterstützung durch die Pflegeversicherung jetzt deutlich früher: Mit dem neuen Pflegegrad 1 werden Menschen erreicht, die bislang noch keinerlei Unterstützung bekommen haben. Bis zu einer halben Million Menschen bekommen dadurch neu Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung. Daneben wird die Pflegeversicherung künftig für einen deutlich größeren Personenkreis Rentenbeiträge entrichten. So können pflegende Angehörige der Pflegebedürftigen in Pflegestufe 0 erstmals überhaupt in den Genuss einer rentenrechtlichen Absicherung kommen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass es trotz riesiger Herausforderungen auch im Jahr 2015 mit Deutschlands vorangegangen ist. Natürlich leben wir nicht auf einer „Insel der Glückseligen“. Internationales Geschehen und Krisen berühren uns schneller und unmittelbarer als je zuvor. Die Vereinten Nationen haben 2016 zum „Jahr des globalen Verstehens“ erklärt. Die Katholische Kirche wird 2016 im Heiligen Jahr nach Ankündigung von Papst Franziskus das „Jubiläum der Barmherzigkeit“ begehen. Einander zu verstehen und die Aufforderung, Barmherzigkeit zu üben, sind Anliegen, die wichtiger sind denn je und denen sich niemand entziehen sollte.

Zunächst aber wünsche ich einen guten Start in ein möglichst friedvolles Jahr 2016, Gesundheit und Gottes Segen.